

# Die Handelsvertrags-Verhandlungen.

Abchluss mit England. — Zollforderungen Russlands. — Italiens Befürchtungen.

Die Verhandlungen über den Handels- und Schiffsahrtsvertrag zwischen Deutschland und Großbritannien wurden am 2. Dezember in London zu Ende geführt. Der Vertrag wurde 3 Uhr nachmittags im Londoner Auswärtigen Amt durch den deutschen Botschafter in London und Ministerialdirektor v. Schubert für Deutschland, sowie von dem englischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und von Lord D'Albany für Großbritannien unterzeichnet.

Ueber den Abschluss der deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen erfahren wir von sehr gut unterrichteter Seite noch folgende Einzelheiten: Der deutsch-englische Handels- und Schiffsahrtsvertrag beruht auf der Grundlage der allgemeinen uneingeschränkten Meißbegünstigung. Er umfasst alle Gebiete wie Zölle, Schiffsahrtsrecht, Aktienrecht, sowie auch die gegenseitige Anerkennung der Konsulate und enthält einen besonderen Schiedsgerichtsparagrafen. Er ist auf die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen und ist mit einjähriger Frist kündbar. Da der Vertrag der Ratifizierung durch die beiderseitigen Parlamente bedarf, aber nicht anzunehmen ist, daß bis zum Stichtag, am 10. Januar (Ablauf der 5jährigen Frist aus dem Verfallter Vertrag) in Deutschland und England die Ratifizierung möglich ist, kann für die Zeit nach dem zehnten Januar mit dem Eintreten eines vertragslosen Zustandes gerechnet werden. Ob für diese Zeit ein Modus vivendi gefunden wird, steht dahin. In einem besonderen Protokoll ist noch festgelegt, daß bei künftigen Zollserhöhungen keiner der beiden Staaten seine Zölle so zu erhöhen soll, daß sie nur den Gegenkontrahenten treffen könnten. In der Frage der 20prozentigen Ausfuhrabgabe liegt eine endgültige Abmachung noch nicht fest, weil hier noch weitere Verhandlungen mit dem Generalagenten notwendig sein werden. Es kann aber mit dem Zustandekommen einer Vereinbarung gerechnet werden, durch die Schikanen in der Erhebung ausgeschlossen sind und jede Schädigung des deutschen Handels vermieden wird. Künftig sollen die deutschen Exporteure mit der Ausfuhrabgabe nichts mehr zu tun haben, die vielmehr unmittelbar von Regierung zu Regierung, und zwar nicht in Pfund Sterling, sondern in Mark aufgeschrieben werden soll, ohne daß die Gesamtheit der deutschen Reparationsverpflichtungen dadurch vergrößert wird.

Ueber die Regelung der Ausfuhrabgabe an England wird amtlich mitgeteilt: Die deutsche und die englische Regierung haben gelegentlich der Handelsvertragsverhandlungen in London vereinbart, daß die protokollarischen Möglichkeiten der Einführung einer anderweitigen Erhebung ausgeschlossen sind und jede Schädigung des deutschen Handels vermieden wird. Künftig sollen die deutschen Exporteure mit der Ausfuhrabgabe nichts mehr zu tun haben, die vielmehr unmittelbar von Regierung zu Regierung, und zwar nicht in Pfund Sterling, sondern in Mark aufgeschrieben werden soll, ohne daß die Gesamtheit der deutschen Reparationsverpflichtungen dadurch vergrößert wird.

## Volkshewistenaufstand in Estland.

Wie bereits gestern mitgeteilt, ist in Estland ein blutiger Volkshewistenaufstand ausgebrochen, der jedoch, soweit man die Lage übersehen kann, von der estländischen Regierung mit großer Energie unterdrückt worden ist. Da aber die Nachrichten, daß Sowjetrußland bei dem Putsch seine Hand sehr aktiv im Spiele hat, sich immer mehr zu bestätigen scheinen, ist nicht abzusehen, ob sich nicht da oben im Nordosten ein gefährlicher neuer Brandherd entzünden wird.

Der Aufstand war die unmittelbare Folge eines am letzten Mittwoch zu Ende gegangenen Riesenprojektes gegen die estländischen kommunistischen Organisationen, der die Arbeiterchaft des Landes ungeheuer erregt hat, und nach dem Plan der Staatsregierung mit der völligen Unterdrückung des Kommunismus enden sollte. Insgesamt 147 Personen waren wegen Vorbereitung bewaffneter Aufstände zum Sturz der Regierung angeklagt. 81 Angeklagte sind verurteilt worden und haben Strafen von insgesamt 820 Jahren Zuchthaus und einigen Duzend Jahren Gefängnis erhalten. Der Hauptführer der estländischen Kommunisten, der Abgeordnete Jaan Tomp, der die Verhandlung zu agitatorischen Zwecken benutzt hatte, ist bereits am 14. November angeblich wegen Beleidigung des Gerichts zum Tode verurteilt und in der Nacht zum 15. November trotz des Protektes des Moskauer Gesandten in Reval hingerichtet worden. Von den am Mittwoch verurteilten Angeklagten haben allein 39 Personen lebenslange Zuchthausstrafe erhalten.

Ueber die drakonischen Maßnahmen der estländischen Regierung wird heute folgendes gemeldet:

Zwanzig Aufständische sind von den Feldgerichten zum Tode verurteilt und erschossen worden. Völlige Ruhe herrscht überall; auch an den Grenzen und an der Küste.

Die Bostische Zeitung berichtet über Riga: Gestern Dienstag nachmittag fand eine außerordentliche Vollversammlung des estländischen Parlaments statt. Der Staatspräsident machte Mitteilung von den außerordentlichen Maßnahmen der Regierung, die zum Teil der Zustimmung des Parlaments bedürfen. Auf Antrag des der Arbeiterpartei angehörenden Abg. Anderkopp sprach sich das Parlament einstimmig für die Erteilung der außerordentlichen Vollmachten an die Regierung aus und hieß die Proklamierung des Kriegszustandes, sowie die Ernennung des Generals Laidoner zum Oberkommandierenden gut. Ueber den Verlauf des Putches berichtet das Blatt noch folgende Einzelheiten: Die Aufständischen glaubten der Unterstützung eines Regiments, das agitatorisch gut bearbeitet worden war, sicher zu sein. Im letzten Moment jedoch entschied sich dieses Regiment für eine Unterstützung der Regierung. Es ist unbestreitbar, daß der Aufstand von der kommunistischen Internationale gut arrangiert war. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein Sowjetbeamter.

einbarung über eine Aenderung der jetzigen Erhebungsart zu gelangen, die die Einnahmen der britischen Regierung nicht vermindert.

## Fortsetzung der deutschen Sachlieferungen im Dezember.

Paris, 2. Dezember. Die Reparationskommission hat nach einer offiziellen Mitteilung heute nachmittag eine zweistündige Sitzung abgehalten. Zur Erörterung standen verschiedene Fragen, die sich aus der Prüfung des Budgets für den Monat Dezember ergeben. Die Reparationskommission hat weiter die Sachlieferungen Deutschlands während dieses Monats festgelegt.

## Die Fällungnahme der Sachverständigen der Schwerindustrie in Paris.

Paris, 2. Dezember. Die Besprechungen der Sachverständigen der deutschen und der französischen Schwerindustrie haben einen befriedigenden Verlauf genommen, vorläufig aber noch nicht zu irgendwelchen konkreten Ergebnissen geführt. Die Sachverständigen haben ihren Delegationen über ihre Besprechungen berichtet. Die deutschen Sachverständigen der Schwerindustrie haben Paris verlassen, um in Deutschland mit den Vertretern der Schwerindustrie Rücksprache zu nehmen.

## Die deutsch-russischen Handelsvertrags-Verhandlungen.

Moskau, 2. Dez. In den deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen versucht man einen Vergleich zu Stande zu bringen, der etwa die Mitte hält zwischen dem italienisch-russischen und dem englisch-russischen Vertrag. Die deutsche Vertretung hat verschiedene Rückfragen nach Berlin gerichtet, die besonders durch die russische Forderung auf zollfreie Einfuhr von Getreide und anderen Lebensmitteln nach Deutschland notwendig geworden sind. Die Russen fordern ferner bereits bestimmte Zusicherungen hinsichtlich der deutschen Zollsätze. Die Verhandlungen werden voraussichtlich zwischen Weihnachten und Neujahr ausgesetzt und erst nach Neujahr fortgeführt werden.

## Vor den deutsch-italienischen Handelsvertrags-Verhandlungen.

Rom, 2. Dez. Der Generalsekretär des italienischen Industriellenverbandes Olivoti glaubt, sich in einem dem Journal d'Italia gewährten Interview pessimistisch über die Aussichten der deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen ausgesprochen zu müssen. Die deutsche Industrie, so behauptet er, werde binnen kurzem wieder im Stande sein, die Weltmärkte zu überflutieren. Die italienische Industrie sei vielfach noch in der Entwicklung, so daß besonders der Vorstoß bei Abschluss eines langjährigen Handelsvertrages notwendig sei. Eine wirkliche Gefahr sei darin zu erblicken, daß allem Anschein nach Deutschland versuchen werde, die größten Vorteile mit kleinsten Konzessionen zu erhalten.

dischen glaubten der Unterstützung eines Regiments, das agitatorisch gut bearbeitet worden war, sicher zu sein. Im letzten Moment jedoch entschied sich dieses Regiment für eine Unterstützung der Regierung. Es ist unbestreitbar, daß der Aufstand von der kommunistischen Internationale gut arrangiert war. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein Sowjetbeamter.

Das auch sonst Sowjetrußland an dem Putsch beteiligt ist, beweisen folgende Nachrichten: Aus Stockholm wird gemeldet, daß gleichzeitig mit dem Aufbruch in Reval ein russisches Geschwader in der Nähe der estnischen Küste aufgetaucht sei. Das Geschwader habe in Radioverbindung mit der Küste gestanden. Man glaubt bestimmt, daß das Geschwader Truppen an Land gesetzt hätte, wenn der Putsch geglückt wäre.

Die Morning Post meldet aus Helsingfors: Die bolschewistische Offensive gegen die Randstaaten hat zur Konzentration starker russischer Truppenmassen an der Bahnlinie Petersburg—Nischni Nowgorod geführt. Aus dem Militärbezirk Petersburg sind in den letzten Wochen drei russische Artillerieregimenter, zwei Kavallerieregimenter und sechs Infanterieregimenter abtransportiert worden. Der Kriegshafen Kronstadt ist seit Freitag mittag gesperrt.

„Information“ erzählt aus Reval, daß die estnische Regierung eine

energische Protestnote nach Moskau geschickt hat. Estland verlangt die Einstellung der feindlichen Kundgebungen, die in Moskau, Petersburg und anderen Städten veranstaltet wurden. In der Note wird festgestellt, daß Beamte der Sowjetregierung an den Kundgebungen teilnehmen und eine Resolution „gegen die weißen Banditen des estnischen Kabinetts“ zur Annahme gelangen ließen.

## Die Zusammenkunft zwischen Herriot und Chamberlain.

Das Genfer Protokoll. — Allianzvertrag. — Räumung der Kölner Zone.

Der „Temps“ berichtet in seinem Leitartikel über die für Freitag angelegte Besprechung zwischen dem Ministerpräsidenten Herriot und dem englischen Staatssekretär des Auswärtigen Chamberlain. Die wesentlichste Frage sei das Problem der Sicherheit, soweit es das Protokoll von Genf festgelegt habe. England habe sich geweigert, die Verpflichtung anzunehmen, die britische Flotte zur Verfügung einer internationalen Autorität zu stellen, um an einer Aktion teilzunehmen,

bei der das englische Interesse nicht berührt sei. Es sei auch absolut sicher, daß die Londoner Regierung in dieser Frage, durch mehrere Dominions unterstützt sich weigern werde, das Genfer Protokoll in seiner jetzigen Abfassung zu unterzeichnen. Da aber eine Organisation für den europäischen Frieden unentbehrlich sei, wenn England nicht daran teilnehme, verstehe es sich von selbst, daß man sich bemühen werde, den Engländern soweit wie möglich entgegenzukommen, damit das Protokoll über die Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und die Beschränkung der Rüstungen als ernstes und wirkungsvolles Werk bestehen bleiben könne.

Wenn die Abänderungen, die England für unerlässlich halte das Genfer Protokoll in seiner Wirksamkeit illusorisch machten, dann würde nach dem „Temps“ die Notwendigkeit, das Sicherheitsproblem praktisch zu lösen, trotzdem nicht weniger für Großbritannien als für Frankreich vorliegen. Schon seit einiger Zeit bemerke man, daß in der englischen Presse aufs neue der Gedanke eines

## britisch-französisch-belgischen Allianzvertrags zur Gewährleistung der Sicherheit

lebhaft erörtert werde. Es sei kein Zweifel, daß hier die wirkungsvollste Sicherheit gefunden werden könne, um so mehr, als ein englisch-französisch-belgischer Defensivvertrag in den Rahmen eines Sonderabkommens einfügbar werden könne, wie sie das Genfer Protokoll zur Sicherheit vorsehe.

Aber auch noch andere Fragen würden bei dem britisch-französischen Meinungsaustrausch berührt, u. a.

## die Fraae der Belebung der Kölner Zone,

die man jetzt in London gemeint sei, unter einem anderen Gesichtspunkte zu betrachten als vor einigen Monaten und die vielleicht der Kräfte für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden Länder sein werde.

## Politische Tageschau.

Verbot des „Jugenddeutschen“. Der Antifische Preussische Pressedienst teilt mit: Der Preussische Minister des Innern hat die Zeitschrift „Der Jugenddeutsche“, die in Kassel als offizielles Organ des Jungdeutschen Ordens erscheint, für die Zeit vom 2. bis 15. Dezember einischließlich verboten. Die Zeitschrift hat in ihrer Ausgabe vom 25. November einen Wahlauftrag des Jungdeutschen Ordens, unterschrieben von dem Hochmeister Marum gebracht, der besonders verlebende Beschlüssen und Verordnungen der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform enthält.

Die Schweiz und die deutschen Vasalscheine. Die Schweizer Bankiervereinigung erklärt in der schweizer Presse, daß sie nach Kräften für die Wahrung der vollkommen einseitigen Voransprüche der Schweizer Inhaber von Valutascheinen deutscher Städte eintreten wird. Sie verfolgt seit geraumer Zeit die Stellungnahme der deutschen Behörden und Gerichte zu den Schweizer Schuldforderungen. Die Inhaber von Valutascheinen sollen ihre Ansprüche bei der Schweizer Bankvereinigung in Basel bis zum 15. Dezember anmelden. Die Ansprüche der Besitzer der Gutscheine seien rechtlich einwandfrei begründet. Es wäre eine unerhörte Rechtsbeugung und eine schwere Verletzung von Treu und Glauben, wenn die Valutaverbindlichkeiten der deutschen Städte von den zuständigen Behörden Deutschlands nicht in vollem Umfange anerkannt werden.

## Spanien.

Der Rückzug in Marokko. Aus Madrid wird gemeldet: Mehrere Stellungen im Bereich von Mekata in der Larache-Zone sind von den spanischen Truppen geräumt worden. Die Verluste betragen etwa 40 Tote und Verwundete, größtenteils Eingeborene. Der Rückzug der Truppen aus Scheman lief schon am zweiten Tage auf größere Schwierigkeiten. General Sorzano wurde nicht durch eine verirrte Kugel, sondern in der Feuerlinie getötet. Bei den Kertulämpfen verloren die Spanier etwa 40 Offiziere. Ein Bataillon der Fremdenlegion wurde vollständig aufgerieben. Das Gros der Rückzugsarmee wurde in Salko in El-Arba von Beni-Sassan aufgehalten.

## Rumänien.

Mißglückte Sowjetpropaganda. Die besatzarischen Behörden verhafteten 80 Kommunisten, die über den geflorenen Injekt nach Rumänien gekommen waren. Die Verhafteten geben sich als „Sensboten der Moldauischen Republik“ aus.

## Ägypten.

England will reinen Tisch machen. Nach der Annahme der englischen Forderungen durch die ägyptische Regierung ergeben sich im Zusammenhang mit den vier offen gebliebenen Punkten des Vertrages von 1922 eine Reihe von Fragen, deren Regelung die nächste Aufgabe der englischen Regierung sein wird. Diese Fragen sollen so geregelt werden, daß an Stelle der durch den Unabhängigkeitsvertrag von 1922 geschaffenen unbestimmten Stellung Englands in Ägypten ein genau formuliertes Verhältnis beider Staaten zu einander tritt.

## Vereinigte Staaten.

Coolidges Botschaft an den Kongreß. In seiner Botschaft an den Kongreß lehnt Coolidge den Völkerverbund mit scharfen Worten ab, spricht sich aber für ein Schiedsgericht aus, jedoch nur mit großen Einschränkungen, da Amerika nicht in fremde Angelegenheiten verwickelt zu werden wünsche. Eine zweite Abrüstungskonferenz könne erst nach der Erledigung der europäischen Pläne für die Konferenz stattfinden. Japans Beunruhigung wegen der geplanten amerikanischen Flottenmanöver wies er mit der Begründung zurück, daß jedem Staat das Recht zustehe, seine Streitkräfte zu entwickeln und daß ein Manöver keine feindselige Handlung bedeute.

Eine  
Landes  
zusammen  
Das  
Zentral  
das Ho  
Die  
Wahlpro  
lassen. I  
der Mon  
bis auf  
E  
den De  
mene Kur  
Ladun  
sprechen  
ung ve  
Die  
haben mit  
kommen.  
Nach  
plant ein  
eine Ber  
Kau-Ver  
Den  
das in P  
u. h. e. r  
Krossen w  
Die V  
Po  
Die  
mer einen  
der Staat  
der, daß  
Landtages  
Blatt hat  
ung, die  
Lebensjäh  
monatlich  
abgigen n  
der Mann  
Künstleris  
hoiz auf  
hers zu f  
legen 30  
wel, wie  
mater in  
Bezahlung  
des techn  
Vorsteher  
zufrieden  
retung, w  
sei. Am  
der Dire  
nal das A  
Arbeit zu  
gehen, hat  
und habe  
dem außer  
zum Arb  
des Mann  
das artill  
gerucht. M  
normalere  
entloffen  
Blatt erwid  
und eine  
Manufaktur  
man würd  
in dieser P  
wolle, da  
ten ließe.  
die unerf  
ellens nich  
ten, woran  
ohnung u